5187

Botschaft

des

Bundesrates an die Bundesversammlung über die Erstellung eines Anbaus an das Postgebäude in Zug.

(Vom 7. März 1947.)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Das Postgebäude in Zug ist in den Jahren 1899—1901 erstellt und 1902 bezogen worden. Es befindet sich mitten in der Stadt, an einem freien Platz und ist für die Bewohner günstig gelegen.

Sämtliche Dienste der Post sind im Erdgeschoss des Gebäudes untergebracht und belegen eine Bodenfläche von rund 300 m². Dazu kommen die unerlässlichen Nebenlokale sowie in einem hofseitigen kleinern Gebäude die Remisen und Garagen. Diese Diensträume, die dem Betrieb seit nahezu 50 Jahren gedient haben, genügen bei der Entwicklung, die die Stadt genommen hat, bei weitem nicht mehr. Die Schalterhalle ist zu klein geworden, die Zahl der Schalter und der Telephonkabinen kann deswegen trotz dringendem Bedürfnis nicht vermehrt werden. Wegen Platzmangels ist es auch nicht möglich, die Schlossfächeranlage der Nachfrage entsprechend zu vergrössern. Unter diesen Verhältnissen leidet der Dienst an den Postbenützern. Auch der eigentliche Bureauraum, worin mangels geeigneter weiterer Räumlichkeiten der Aufgabe-, Versand- und Zustelldienst vereinigt bleiben musste, wird den Bedürfnissen nicht mehr gerecht. Der Betrieb lässt sich namentlich am Morgen, wenn die Zustellboten den Sortier- und Verladediens besorgen müssen, und am Abend, wenn die Postpakete in grosser Zahl aufgegeben werden, nicht ordnungsgemäss abwickeln. Bei trockenem Wetter und solange es nicht kalt ist, können die Boten ihre Vorbereitungen für die Postzustellung, d. h. das Sortieren und Verladen der Pakete in die Postkarren, im offenen Posthof treffen. In der übrigen Zeit muss dieser Dienst in unzulänglichster Weise ebenfalls in den Bureauräumen besorgt werden, was recht oft zu Verwechslungen, Fehlleitungen und Verspätungen der Sendungen führt. Wegen der beschränkten Platzverhältnisse fehlt es auch an der Möglichkeit, eine besondere Annahmestelle für die Massensendungen herzurichten. Die Postbenutzer müssen diese Sendungen heute direkt ins Bureau verbringen, was im Hinblick auf die Wahrung des Postgeheimnisses und die Sicherheit des Betriebs sehr unerwünscht ist.

Über die Verkehrsentwicklung des Postamts seit 1900 dürften die nachstehenden Zahlen ein anschauliches Bild vermitteln.

Gegenstand	1900	1945	Vermehrung in %
<i>Aufgabe:</i>			
Abonnierte Zeitungen	480 000	2 050 000	377
Uneingeschriebene Briefe, Karten usw.	787 000	3 577 000	385
Eingeschriebene Briefe	12 500	72 900	483
Pakete	47 800	194 000	306
Briefnachnahmen	12 500	110 600	785
Geldeinzahlungen	18 000	267 000	1383
<i>Zustellung:</i>			
Uneingeschriebene Briefe usw. *) 1925	2 887 000	3 393 000	18
Eingeschriebene Briefe	20 000	63 200	216
Pakete	60 500	224 000	270
Anzahlungen	18 000	35 500	97
	Fr.	Fr.	
Geldumsatz *) 1925	80 200 000	67 000 000	122
Wertzeichenerlös	76 000	591 000	678

Seit dem Bezug des Postgebäudes, d. h. seit dem Jahr 1900, ist die Bevölkerung der Einwohnergemeinde Zug von 6700 auf 14 500 Seelen angewachsen.

So, wie die Verhältnisse liegen, kann der Platzmangel nur durch einen grösseren Anbau an das Postgebäude wirksam abgestellt werden. Zu diesem Zwecke und im Interesse einer bessern Ausnützung des heutigen Posthofes, der im übrigen für dieses Bauvorhaben ausreicht, muss das kleine ältere Remisegebäude niedergelegt werden. Es lassen sich auf diese Weise ein besonderer Botenraum und ein Paketraum, d. h. zusätzliche Betriebslokale von insgesamt rund 340 m² Bodenfläche gewinnen, was andererseits ermöglicht, dass von den heutigen Bureaulokalitäten ein Teil abgetrennt werden kann zur Schaffung einer geräumigen Schalterhalle. Die bisherige Schalterhalle soll als Vorräumhergerichtet werden, der den Zugang zu den Postschaltern auf der einen und zu den TT-Schaltern auf der andern Seite zu vermitteln und zugleich als Schlossfächerraum zu dienen hat. Die Zahl der Fächer wird erheblich vermehrt. Der Anbau, der in zwei Flügelbauten überdies Ersatz schafft für das zum Abbruch vorgesehene alte Remise- und Garagegebäude, wird zum kleineren Teil unterkellert zur Bereitstellung der benötigten WC- und Garderoberräume; ein anderer Teil erhält einen einstöckigen Aufbau, worin noch Magazinlokale und ein Personalzimmer vorgesehen sind. Der Posthof wird durch den Anbau so unterteilt, dass er auf der einen Seite ganz dem Postdienst, auf der andern dagegen dem TT-Dienst zudient, was im Interesse der reibungslosen Dienstbesorgung von Vorteil ist.

*) Erst seit 1925 ermittelt.

Nach Verwirklichung des Bauprojektes werden die Platzbedürfnisse beim Postamt Zug wieder auf Jahre hinaus in befriedigender Weise gedeckt sein.

Die Direktion der eidgenössischen Bauten, die das Bauprojekt in Zusammenarbeit mit den PTT-Baufachleuten ausgearbeitet hat, kommt zu folgender Kostenberechnung:

	Fr.
1. Erweiterungsbau	625 000
2. Umbauten im bestehenden Gebäude und Anpassung der Heizanlage	280 000
Erforderlicher Kredit	<u>905 000</u>

Eine allfällige wesentliche Verteuerung auf den Materialpreisen und Löhnen, die sich seit der Zeit der Kostenberechnung ergeben kann, muss ausdrücklich vorbehalten werden.

Nach den Erhebungen des Delegierten für Arbeitsbeschaffung ist das Baugewerbe im Kanton Zug zurzeit voll beschäftigt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Ausbau des Postgebäudes der Tendenz nach auf Kosten des Wohnungsbaues gehen könnte. Allerdings dürfte die Gefahr der Konkurrenzierung im Hinblick auf den für diesen Ausbau benötigten Kredit von Fr. 905 000 verglichen mit den zurzeit im Kanton Zug gemeldeten Bauvorhaben von annähernd 9 Millionen Franken kaum besonders gross sein. In voller Kenntnis dieser Alternative und der Verantwortung, die den kantonalen Behörden auf dem Gebiete des Wohnungsbaues zufällt, hat sich der Einwohnerrat der Gemeinde Zug mit Schreiben vom 2. Dezember 1946 ausdrücklich für einen raschen Baubeginn des vorliegenden Projektes ausgesprochen und beigefügt, dass er damit «einem allgemeinen Wunsch der gesamten Bevölkerung» Ausdruck gebe.

Der Zeitpunkt des Baubeginns wird unter Rücksichtnahme auf die Verhältnisse des Arbeitsmarktes im Einvernehmen mit den kantonalen und städtischen Behörden bestimmt werden.

Gestützt auf die vorstehenden Darlegungen ersuchen wir Sie, den erforderlichen Kredit für die Erstellung eines Anbaues an das Postgebäude Zug beizubilligen und den beiliegenden Entwurf zu einem entsprechenden Bundesbeschluss gutheissen zu wollen.

Wir benützen den Anlass, Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, unserer vollkommenen Hochachtung zu versichern.

Bern, den 7. März 1947.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Etter.

Der Bundeskanzler:

Leimgruber.

(Entwurf.)

Bundesbeschluss
über
die Erstellung eines Anbaues an das Postgebäude in Zug.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 7. März 1947,
beschliesst:

Art. 1.

Für die Erstellung eines Anbaues an das Postgebäude in Zug wird ein Kredit von Fr. 905 000 bewilligt.

Der Bundesrat ist ermächtigt, am vorgelegten Bauprojekt im Rahmen des bewilligten Kredites jene Änderungen vorzunehmen, die sich nachträglich noch als notwendig erweisen sollten.

Art. 2.

Dieser Beschluss tritt, als nicht allgemein verbindlicher Natur, sofort in Kraft.

Der Bundesrat ist mit dem Vollzug beauftragt.

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Erstellung eines Anbaus an das Postgebäude in Zug. (Vom 7. März 1947.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1947
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	10
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	5187
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.03.1947
Date	
Data	
Seite	945-948
Page	
Pagina	
Ref. No	10 035 796

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.